

Vorlage Stadtparlament

Datum 26. November 2024
Beschluss Nr. 4488
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Gallus Hufenus, Mischa Herzog, Nadia Garobbio-Campi: Rauchen, Abfall & Lärm: Aufklärung statt Verbote; schriftlich

Gallus Hufenus, Mischa Herzog, Nadia Garobbio-Campi sowie 35 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 20. August 2024 die beiliegende Interpellation «Rauchen, Abfall & Lärm: Aufklärung statt Verbote» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Der Stadtrat ist sich der Problematik von Littering und Lärm im öffentlichen Raum sowie des Rauchens auf öffentlichen Spielplätzen bewusst. Er sieht sich deshalb gefordert, mit entsprechenden Massnahmen den öffentlichen Raum weiterhin als sauberen, sicheren und angenehmen Ort der Begegnung und Freizeitnutzung zu erhalten und setzt deshalb bewusst auf eine Mischung aus Selbstverantwortung der Nutzenden sowie verschiedenen Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen.

Im Rahmen der Kampagne «Gemeinsam mit Respekt» haben bis 2019 mehrere Dienststellen Präventionsprojekte zur Sensibilisierung der Besuchenden und Einwohnenden der Stadt St. Gallen durchgeführt. Die Themen lauteten (Personen-)Lärm, Littering, Gewalt und Alkohol. Nach mehr als einem Jahrzehnt des Engagements stellte die Arbeitsgruppe fest, dass die Gründe, welche zur Lancierung der Kampagne führte, in allen Handlungsfeldern spürbar reduziert werden konnten. Die Arbeits- und Steuerungsgruppe «Gemeinsam mit Respekt» wurde aufgrund der guten Ergebnisse aufgelöst. Es werden aber weiterhin Sensibilisierungskampagnen zu verschiedenen Themen, darunter Littering, Suchtmittel und Verhalten im öffentlichen Raum, durchgeführt. Die Beurteilung und Planung übernahm dabei die bereits bestehende Arbeitsgruppe öffentlicher Raum mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtpolizei St.Gallen, der Dienststelle Kinder Jugend Familie (KJF) sowie der Stiftung Suchthilfe.

Im Weiteren stehen die Mitarbeitenden der Mobilen Jugendarbeit sowie der Offenen Jugendarbeit Ost und West im Rahmen ihrer täglichen Arbeit in einem Dialog mit Jugendlichen. Eines der Ziele ist der Aufbau von tragfähigen Beziehungen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Themen, die von den Jugendlichen eingebracht werden. Es sind Themen, welche die Jugendlichen beschäftigen. Unter anderem werden in diesem Rahmen auch Rauchen, Littering und Lärm angesprochen. Ohne als Autoritätspersonen aufzutreten, regen die städtischen Mitarbeitenden die Jugendlichen dabei mit einer

akzeptierenden Grundhaltung an, sich Gedanken über ihren Umgang mit Mitmenschen und der Umwelt zu machen.

Schliesslich werden auch über die Quartierpolizei und die Jugendpolizei bei den Kontakten im öffentlichen Raum immer wieder die Themen Littering und Lärm angesprochen. Überdies ist die Kooperation mit der Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt (IGSU) erwähnenswert. In Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei, Stadtgrün, den Bädern, den Verkehrsbetrieben, dem Strasseninspektorat und der Jugendarbeit wird dabei jedes Jahr im Sommer eine «IGSU Präsenz»¹ organisiert und durchgeführt. Die Botschafter-Teams mit Recyclingmobilen sind an verschiedenen Orten in der Stadt unterwegs und sensibilisieren die Bevölkerung auf eine humorvoll-freundliche Art für das Littering-Problem. Des Weiteren nimmt die Stadt St.Gallen auch am nationalen, von der IGsu organisierten Clean-Up-Day teil, der dieses Jahr am 13. September 2024 stattfand.

2 Beantwortung der Fragen

- 1. Welche Massnahmen kann sich der Stadtrat in der breiten Bevölkerung vorstellen, um die Bewohnenden dieser Stadt auf Littering und Lärm zu sensibilisieren?*

Wie erwähnt sind in der Stadt St.Gallen bereits heute verschiedene Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen etabliert, um die Bevölkerung zu Themen wie Littering und Lärm anzusprechen. Überdies wird die Stadt künftig in den Social Media zusätzlich Beiträge («Präventionsvideos») veröffentlichen, um insbesondere die Jugendlichen in ihrer Sprache auf die entsprechenden Themen zu sensibilisieren.

- 2. Das Rauchverbot sollte u.a. das «wirkungslose» Littering-Verbot effektiver machen. Was sind die Gründe, dass dieses nicht greift, und was wären Alternativen zu einem weiteren Verbot?*

Im Kanton St.Gallen wird das Wegwerfen oder Zurücklassen von einzelnen oder mehreren Kleinabfällen ausserhalb von Abfallbehältnissen im öffentlich zugänglichen Raum mit einer Busse von CHF 50 bzw. CHF 200 bestraft.² Somit besteht eine Strafbestimmung und damit die Möglichkeit, vor Ort eine Ordnungsbusse zu erheben. Voraussetzung dafür ist allerdings die Klarheit darüber, wer das Littering verursacht hat. In der Praxis bedeutet dies, dass die Täterschaft in flagranti erwischt werden muss, was sich vielfach als schwierig erweist. Ausserdem kann die Stadtpolizei angesichts ihres Aufgabenspektrums auch nicht primär als «Abfall-Polizei» agieren.

Zwar kann die Täterschaft oft nicht zur Rechenschaft gezogen werden, gleichwohl kann nicht von einem wirkungslosen Verbot gesprochen werden. Das bestehende Verbot gibt die Haltung der Stadt deutlich wieder, wonach Littering nicht einfach geduldet wird. Dadurch kann davon ausgegangen werden, dass auch dieses Verbot zumindest in einem gewissen Mass eine generalpräventive Wirkung entfaltet.

¹ Vgl. [Home / IGsu - Schweizer Kompetenzzentrum gegen Littering](#)

² Vgl. Art. 7^{bis} des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes (UeStG; sGS 921.1) i.V.m. Ziff. 20 des Anhangs 1 der Strafprozessverordnung vom 23. November 2010 (StPV; sGS 962.11).

Sollte auch weiterhin kein Rauchverbot auf städtischen Spielplätzen beschlossen werden³, wird in Zukunft bei den öffentlichen Spielplätzen mittels Tafeln zu einem freiwilligen Rauchverzicht aufgerufen. Die Dienststelle Stadtgrün plant, auf sämtlichen Spielplätzen eine allgemeine Tafel aufzustellen, die unter anderem Informationen zur Sicherheit und Alarmierung enthält. Diese Tafeln würden dann mit erwähntem Aufruf zum freiwilligen Rauchverbot ergänzt werden. Für diese Massnahme müssten zu gegebener Zeit die finanziellen Mittel im Budget eingestellt werden.

3. Welche Mittel stehen der Jugendarbeit und in der Bildung zu dieser Thematik zur Verfügung?

Die oben beschriebenen Aktivitäten der Mobilen sowie Offenen Jugendarbeit (Thematisierung im Rahmen der täglichen Arbeit und Beteiligung an Kampagnen) werden aus allgemeinen Mitteln der Dienststelle finanziert. Es stehen mit anderen Worten keine spezifischen finanziellen oder personellen Mittel für die Bekämpfung von Littering oder Lärm zur Verfügung. Dennoch leisten die Mobile sowie die Offene Jugendarbeit in ihrer alltäglichen Arbeit einen wertvollen präventiven Beitrag. An ihren hauptsächlichen Wirkungsorten im Umfeld der Schulhäuser, der Jugendtreffs und im Stadtzentrum treten die Mitarbeitenden direkt mit Jugendlichen in Kontakt und sprechen im Dialog mit den Jugendlichen unter anderem auch Themen wie Littering oder Lärm an.

4. Grosse Metropolen wie Barcelona arbeiten zur Sensibilisierung mit Kulturschaffenden und Vereinen zusammen und setzen unkonventionelle Massnahmen dafür ein (z.B. Pantomimen, die direkt in den Dialog treten). Wo sieht der Stadtrat Potential, um in diese Richtung mit Partner:innen zusammenzuarbeiten?

Der Stadtrat begrüsst auch innovative Ansätze zur Sensibilisierung der Bevölkerung, um das Bewusstsein der Leute für einzelne Themen zu schärfen. So ist die Stadt beispielsweise die erwähnte Kooperation mit der IGSU eingegangen. Durch die direkte Ansprache auf humorvolle und freundliche Weise werden so die Passantinnen und Passanten auf unkomplizierte Weise sensibilisiert. Die Stadt hat damit gute Erfahrungen gemacht und wird auch in Zukunft unkonventionelle und kreative Sensibilisierungsmassnahmen zusammen mit anderen Organisationen vornehmen.

5. Prävention und Aufklärung statt Repression und Verbote: Wo steht hier die Polizeiarbeit?

Insbesondere die Quartierpolizei und die Jugendpolizei verrichten im Rahmen der Kontakte im öffentlichen Raum Präventions- und Aufklärungsarbeit, indem sie die Leute immer wieder auch auf die Themen Littering und Lärm ansprechen und zu sensibilisieren versuchen. Zudem führt die Stadtpolizei zusammen mit der Dienststelle KJF und der Fachstelle für aufsuchende Sozialarbeit (FASA) Sensibilisierungskampagnen durch, bei denen auch Littering, Suchtmittel und Verhalten im öffentlichen Raum angesprochen werden. Überdies ist die Stadtpolizei auch an der erwähnten IGSU-Präsenz in der Stadt beteiligt.

³ Nachdem eine Mehrheit des Stadtparlaments an der Sitzung vom 21. Mai 2024 die Einführung eines städtischen Rauchverbots auf Kinderspielplätzen abgelehnt hat, wurde am 28. August 2024 bei der Stadt eine Initiative «Rauchverbot auf städtischen Spielplätzen» eingereicht. Diese wurde am 12. November 2024 für zulässig erklärt.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Andy Markwalder

Beilage:

- Interpellation vom 20. August 2024